

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Arnold Vaatz, Hermann Gröhe, Christa Reichard (Dresden), Dr. Ralf Brauksiepe, Klaus Brähmig, Ingrid Fischbach, Hartwig Fischer (Göttingen), Klaus-Jürgen Hedrich, Siegfried Helias, Volker Kauder, Rudolf Kraus, Barbara Lanzinger, Werner Lensing, Dr. Conny Mayer (Freiburg), Maria Michalk, Hildegard Müller, Melanie Oßwald, Sibylle Pfeiffer, Anita Schäfer (Saalstadt), Peter Weiß (Emmendingen), Rainer Eppelmann, Norbert Geis, Dr. Egon Jüttner, Jürgen Klimke und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Folgerungen aus der Tsunami-Flutkatastrophe vom 26. Dezember 2004 – Deutsche Entwicklungspolitik stärken und verstetigen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die verheerende Flut vom 26. Dezember 2004 gehört zu den schlimmsten Naturkatastrophen der jüngeren Geschichte. Insgesamt sind 12 Länder in Süd-, Südostasien und Afrika betroffen. Dabei sind schätzungsweise mehr als 150 000 Menschen ums Leben gekommen – davon alleine über 106 000 in Indonesien und rund 30 000 in Sri Lanka. Mehrere Millionen Menschen wurden obdachlos und viele Hunderttausend werden in den nächsten sechs Monaten auf internationale Nothilfe angewiesen sein. Alleine in der indonesischen Provinz Aceh sind über 1 150 Schulen, 5 800 km Straße und 490 Brücken zerstört. Zehntausende von Flüchtlingen haben sich in die Provinzhauptstadt geflüchtet in der Hoffnung, dort mit dem Nötigsten versorgt zu werden. Während Indien und Thailand angekündigt haben, die Nothilfe und den Wiederaufbau weitgehend in eigener Regie durchzuführen, stehen vor allem Indonesien und Sri Lanka vor Herausforderungen, die sie aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Laut erster Einschätzung der Vereinten Nationen wird der Wiederaufbau bis zu 10 Jahre dauern. Prioritäten beim Wiederaufbau haben nun vor allem die Gesundheitsversorgung, die Wasserversorgung, Wohnunterkünfte, materielle und soziale Infrastruktur und natürlich der Schutz und die Betreuung der vielen betroffenen Kinder, insbesondere der Waisen und Halbwaisen.

Neben dem unermesslichen Leid der Menschen und den großen materiellen Schäden wird deutlich, dass auch die Umwelt in der Krisenregion stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Korallenriffe, Mangrovenwälder und Fischbestände sind vielerorts ernsthaft bedroht. Zudem hat das Salzwasser die natürliche Vegetation und landwirtschaftliche Flächen bis zu drei Kilometern landeinwärts zerstört. Die Langzeitauswirkungen auf die Qualität des Grundwassers sind noch nicht absehbar.

Außerdem wurde auch die Existenzgrundlage vieler kleiner und mittelständischer Unternehmen zerstört, insbesondere in der Fischerei, der Landwirtschaft, dem Handwerk, dem Einzelhandel, der Tourismuswirtschaft und in nach-

geordneten Dienstleistungsbereichen. Auf Grund der großen Bedeutung des Tourismus für die Volkswirtschaften einiger betroffener Länder wie Thailand und Sri Lanka und der großen Anzahl direkt und indirekt betroffener Arbeitsplätze in vielen Regionen sollte auch der Aufbau der touristischen Infrastruktur bei der Unterstützung von Wiederaufbaumaßnahmen berücksichtigt werden, um den Menschen vor Ort in absehbarer Zeit wieder eigene Einkommensmöglichkeiten zu geben.

Das große Engagement und die schnelle Einsatzbereitschaft der vielen Hilfsorganisationen und auch der Bundeswehr verdient Lob und Anerkennung. Die große internationale Hilfs- und Spendenbereitschaft wirft ein positives Licht auf die Globalisierung und macht deutlich, dass die Welt enger zusammenrückt. Über 4 Mrd. US-Dollar sind bereits aus öffentlichen und privaten Kassen zusammengekommen. Die Bundesregierung stellt öffentliche Mittel in Höhe von 674 Mio. US-Dollar zur Verfügung. Die Summe der privaten Spenden aus Deutschland übersteigt bereits die 480-Millionen-US-Dollar-Grenze. Die ausgesprochen große Solidarität und das große Engagement privater Haushalte und Unternehmen macht deutlich, welchen Stellenwert die deutsche Bevölkerung der Nothilfe und der Entwicklungszusammenarbeit im weiteren Sinne einräumt. Dies macht Mut und muss der Politik ein Ansporn sein, der Entwicklungspolitik in Zukunft ein größeres Gewicht beizumessen.

Auch wenn weite Teile Südostasiens in den letzten beiden Jahrzehnten von einer rasanten wirtschaftlichen Expansion geprägt waren, darf nicht vergessen werden, dass sich die Region nach der verheerenden Finanzkrise von 1997 noch immer in einer schwierigen Konsolidierungsphase befindet. Die Finanzkrise, die von Thailand ausging, und die ihr folgenden Erschütterungen führten zu starker Verunsicherung in den betroffenen Ländern und zu einer Verarmung von großen Teilen der Bevölkerung. Insbesondere in den Schwellenländern Indonesien und Thailand wurden tief greifende soziale, politische und wirtschaftliche Veränderungsprozesse ausgelöst. Wichtig für Stabilität der ganzen Region ist die weitere Entwicklung Indonesiens, dem bevölkerungsreichsten islamischen Land der Welt. Neben dem Wiederaufbau kommt auch der friedlichen Entwicklung aller Landesteile, der Beendigung des seit Jahrzehnten anhaltenden Bürgerkriegs in Aceh, der Eindämmung des islamischen Extremismus, der Konsolidierung der Demokratie und der Bekämpfung der Korruption in Indonesien eine große Bedeutung zu.

Im Rahmen der Globalisierung und der damit verbundenen internationalen politischen und wirtschaftlichen Verflechtung sind die Chancen und Risiken der Region auch zunehmend in Europa spürbar. Asiatische Krisen sind von überregionaler sicherheits- und wirtschaftspolitischer Bedeutung. Großzügige deutsche Unterstützung für die von der Flut betroffene Region ist daher nicht nur um der Menschen Willen notwendig, sondern entspricht auch dem eigenen europäischen Interesse. Entsprechend der großen Herausforderungen darf die deutsche Hilfe nicht kurzfristiger Natur sein. Die deutsche Unterstützung muss langfristig, seriös, solide finanziert, transparent und maßgeschneidert konzipiert werden. Insbesondere kommt es darauf an, durch die Koordinierung mit den betroffenen Ländern, anderen Gebern und mit privaten Hilfsorganisationen die bestmögliche und effizienteste Verwendung der deutschen Mittel sicherzustellen und die Wiederaufbauhilfe in ein nachhaltiges entwicklungspolitisches Konzept einzubetten.

Die internationale Reaktion auf die Flutkatastrophe hat aber auch gezeigt, dass es notwendig ist, unser entwicklungspolitisches Engagement in den nicht von der aktuellen Flut betroffenen Entwicklungsregionen der Welt zu intensivieren (z. B. in Afrika). Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler hat in diesem Zusammenhang die Hoffnung ausgedrückt, dass die Not in Süd- und Südostasien einen Bedeutungszuwachs der Entwicklungspolitik mit sich bringt. Es ist an der Zeit,

dass Deutschland einen transparenten Finanzierungsplan zur weiteren Steigerung der ODA vorlegt. Ansonsten steht unsere entwicklungspolitische Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.

Die Reaktion der von der Flut betroffenen Staaten Indien und Thailand hat aber auch gezeigt, dass eine Neukonzeption der deutschen Entwicklungspolitik erforderlich ist. Es muss zum Beispiel überdacht werden, ob die Instrumente Schuldenerlass und Zuschüsse zur Zusammenarbeit mit selbstbewussten Schwellenländern geeignet sind. Eine auf Nachhaltigkeit orientierte Zusammenarbeit muss stärker nach dem Subsidiaritätsprinzip und maßgeschneidert auf die eigene Leistungsfähigkeit der Partner orientiert sein.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ihre Unterstützung auf die Länder Sri Lanka und Indonesien zu konzentrieren;
- sich bei den Regierungen von Sri Lanka und Indonesien dafür einzusetzen, dass der Zugang und die Sicherheit für die Hilfsorganisationen in den Spannungsgebieten gewährleistet ist und geschützt wird;
- die Eigeninitiative der Länder Indien und Thailand auf Nachfrage ebenfalls mit gezielten Ergänzungsmaßnahmen zu unterstützen;
- Unterstützungsmaßnahmen in weiteren von der Flut betroffenen Ländern, gegebenenfalls über geeignete Mittler durchzuführen;
- sicherzustellen, dass die staatlichen und privaten Hilfsmittel schnell, unbürokratisch, koordiniert und effektiv in der Krisenregion eingesetzt werden;
- bei dem angestrebten Aufbau von langfristigen Partnerschaften mit den von der Flut betroffenen Gebieten durch Bundesländer, Landkreise, Kommunen und Institutionen dafür Sorge zu tragen, dass die Strukturen und die Erfahrung der deutschen Hilfswerke genutzt und die Partnerschaften mit diesen koordiniert werden;
- die deutsche Wirtschaft, insbesondere den Asien Pazifik – Ausschuss in die Koordination der Hilfe einzubeziehen;
- neben der Soforthilfe mit Medikamenten, Trinkwasser und Lebensmitteln auch dem Schutz und der Betreuung der betroffenen Kinder sowie dem Wiederaufbau der Schulen oberste Priorität einzuräumen;
- die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um einen reibungslosen Übergang von der humanitären und Nothilfe zum langfristig konzipierten Wiederaufbau im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu ermöglichen;
- ein langfristiges Konzept unter Einbeziehung privater – öffentlicher Partnerschaften (PPP) für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit von der Flutkatastrophe besonders betroffenen Ländern zu entwickeln. Dabei sollten folgende Sektoren Priorität haben: Gesundheits-, Wasserversorgung, Wohnunterkünfte, Schulen, Energie-, Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur sowie Umweltschutz;
- ein unbürokratisches Programm zur Vergabe von Mikrokrediten an Fischer und Kleinunternehmer einzurichten, um diesen schnellstmöglich einen Neuanfang zu ermöglichen;
- sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass die Koordination der Hilfe vor Ort verbessert wird. Es muss sichergestellt werden, dass es bei dem Einsatz der vielen Hilfsorganisationen zu einer ausgewogenen regionalen Verteilung der Hilfe kommt. Überlappungen, Doppelstrukturen und eine Bevorzugung der Städte müssen unbedingt verhindert werden;

- die europäische Krisenreaktionsfähigkeit zu stärken und sich dafür einzusetzen, dass auch die internationale und europäische Arbeitsteilung aufeinander abgestimmt und weiter optimiert wird;
- die Kooperation der deutschen Hilfsorganisationen mit der Bundeswehr in Krisensituationen weiter zu optimieren;
- verstärkt logistische Kapazitäten zur Verteilung der Hilfsgüter zur Verfügung zu stellen;
- sich am Aufbau eines Tsunami-Frühwarnsystems zu beteiligen und dabei sicherzustellen, dass alle afrikanischen Anrainerstaaten am indischen Ozean in dieses System eingebunden werden;
- sich im Verbund mit der internationalen Staatengemeinschaft dafür einzusetzen, jede Chance zu nutzen, um zwischen den verfeindeten Bürgerkriegsparteien in Sri Lanka und Aceh zu vermitteln und auf eine friedliche Lösung der Konflikte einzuwirken;
- sicherzustellen, dass ein angemessener Anteil der deutschen Hilfe auch der Rehabilitierung der Umwelt zugute kommt. Vor allem der Schutz der Mangrovenwälder ist von vorrangiger Bedeutung, da Mangrovenwälder einen natürlichen Schutz vor Flutwellen darstellen und die Voraussetzung für gesunde Fischbestände sind;
- sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass der Wiederaufbau nicht zu einer zusätzlichen illegalen Abholzung der südostasiatischen Tropenwälder führt;
- die Hilfszusage der Bundesregierung solide zu finanzieren und die Finanzierung offen zu legen. Um größtmögliche Transparenz zu ermöglichen, muss die Einrichtung eines Flutopfer-Sondertitels im Bundeshaushalt angestrebt werden;
- Schuldenerleichterungen so zu konzipieren, dass sich – auch im Hinblick auf die Finanzmärkte – eine nachhaltige Erleichterung für die von der Flutkatastrophe betroffenen Staaten ergibt;
- sicherzustellen, dass es sich bei der deutschen Unterstützung um zusätzliche Mittel handelt. Es muss verhindert werden, dass andere wichtige Maßnahmen, wie zum Beispiel in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika, zusammengestrichen werden;
- die internationale Zusage, die ODA-Quote bis 2006 auf 0,33 Prozent des Bruttosozialprodukts anzuheben, einzuhalten;
- die derzeitige Unterstützung zum Anlass zu nehmen, einen konkreten Finanzierungsplan zur Erreichung dieses Ziels und darüber hinausgehender Steigerung der ODA vorzulegen;
- die Modalitäten der deutschen Zusammenarbeit den modernen Erfordernissen anzupassen und ein Konzept zur maßgeschneiderten Zusammenarbeit orientiert an der Leistungsfähigkeit der Partner vorzulegen.

Berlin, den 18. Januar 2005

**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**